

SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | NOVEMBER-AUSGABE 3/2020 | 28. JAHRGANG

Keine Experimente für Schweizer Unternehmen!



Nein zur Unternehmensverantwortungsinitiative



Jürg Sulser
Kantonsrat SVP
Kanton ZH

Die so genannte „Konzern-verantwortungsinitiative“ gefährdet unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Selbster-nannte „Gutmenschen“ von linken Parteien, Gewerkschaf-ten und Hilfswerken handeln unverantwortlich, denn die Sonderregulierung stellt die Schweiz ins Abseits. Schweizer Unternehmen sind doppelt

betroffen:
Einerseits werden sie im internationalen Wettbewerb benachteiligt und tragen stän-dig das Risiko erpresserischer Klagen. Andererseits schafft das Lieferkettengesetz neue bürokratische Auflagen und zwingt zur Überwachung von Kunden und Zulieferern.

Freiheit und Verantwortung
Die Schweiz verdankt ihren Wohlstand einer freien Wirtschaftsordnung. Damit diese funktioniert, braucht es auch einen klaren rechtsstaat-lichen Rahmen und dieser ist

durch unsere Gesetze gege-ben. Bundesrat, National- und Ständerat sowie alle grossen Wirtschaftsverbände teilen daher das Grundanliegen der Initiative, lehnen aber die extreme Volksinitiative ab. Sie schießt weit über das Ziel hinaus, schadet dem Standort und wirkt kontraproduktiv. Das Parlament hat darum eine bessere Alternative erarbeitet. Dieser Gegenvorschlag folgt der internationalen Entwicklung und schafft mehr Verbindlich-keit für die Unternehmen. Im Gegensatz zur Initiative, führt er aber zu keiner schädlichen Schweizer Sonderregelung.

IN DIESER AUSGABE

Eidgenössische Abstimmung	1
Kommentare	4
Eidgenössische Abstimmung	6
Städtische Abstimmung	7
Aktuelles	9
Portrait	11
Letzte Seite	12

AZB
8404 Winterthur

Retouren an
Printimo AG, Postfach

DIE POST

Die Initianten der extremen „Konzernverantwortungsinitiative“ wollen unseren Unternehmen weltweit einzigartige Fesseln anlegen.

Die Initiative trifft alle unsere Unternehmen, kleine und grosse mit ihren vielen Arbeitsplätzen und ihrer Steuerleistung. Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssten jederzeit beweisen können, dass sie «alle gebotene Sorgfalt» angewendet haben, ansonsten sie schadenersatzpflichtig würden.

Wird die Initiative abgelehnt, tritt er automatisch in Kraft.

Fesseln für Schweizer Unternehmen

Die Initianten der extremen „Konzernverantwortungsinitiative“ wollen unseren Unternehmen weltweit einzigartige Fesseln anlegen. Sie müssten für alle möglichen und unmöglichen Verletzungen von sog. Menschenrechten und Umweltstandards haften. Dabei hat die Schweiz gerade in dieser Beziehung einen Stand erreicht, um den uns die ganze Welt beneidet. Beneidet werden wir auch wegen den vielen international tätigen Unternehmen, den Schweizer Werten wie Qualität, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Respekt gegenüber unseren Lebensgrundlagen. Nur ein Land mit hohem Wohlstand und mit einer gesunden Wirtschaft hat überhaupt die Möglichkeit, die Umwelt wirksam zu schützen und den Einwohnern ein hohes Mass an Menschenwürde und materieller Sicherheit zu bieten.

Die Initiative behindert Entwicklung und Fortschritt

Unsere Schweizer Unternehmen tragen unser duales Modell der Lehrlingsausbildung in die ganze Welt. Auch dieses Engagement steht auf dem Spiel. Denn durch die neuen, unberechenbaren Haftungsrisiken sind Schweizer Unternehmen gezwungen, sich aus Entwicklungsländern zurückzuziehen und sich auch von lokalen Produzenten (Bauern, Gewerbe) zu trennen, da diese

die hohen schweizerischen Standards kaum je erreichen. Menschenrechte und Umweltschutz leiden besonders dann, wenn Firmen aus China, Russland, den USA oder den Golfstaaten dort in die Lücke springen, die Schweizer Unternehmen hinterlassen.

«Konzerne» als Schimpfwort

Die Initianten der extremen Initiative inklusive linker Drittwelt- und Umweltorganisationen, Hilfswerke, einzelne Kirchenvertreter und alt Bundesrätinnen zeichnen ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Sie sehen in den Auslandaktivitäten von Schweizer Unternehmen nur Profitgier, Ausbeutung und Umweltverschmutzung. Sie verwenden für diese Firmen vorsätzlich den Begriff «Konzerne». Dies in der Meinung, bei Konzernen handle es sich um etwas Anonymes, Böses und Destruktives. Die Wahrheit ist eine ganz andere: Die Initiative trifft alle unsere Unternehmen, kleine und grosse mit ihren vielen Arbeitsplätzen und ihrer Steuerleistung. Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssten jederzeit beweisen können, dass sie «alle gebotene Sorgfalt» angewendet haben, ansonsten sie schadenersatzpflichtig würden. Ein solches Konstrukt und die damit einhergehende Beweislastumkehr sind für die im globalen Wettbewerb stehenden Schweizer Firmen schlicht untragbar. Und unsere KMU, die in Lieferketten eingebunden sind, werden die negativen Folgen am meisten spüren!

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

Herausgeber
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner, Maria Wegelin, Felix Lisibach, Therese Schläpfer, Werner Schneider, Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

PC-Konto
84-3804-5
SVPdirekt, Winterthur

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Inserat



Jetzt Kundengeschenke für Weihnachten bestellen!

Sag es mit einem Baumerfladen

055 265 11 20 • baumerfladen.ch • info@baumerfladen.ch

Wahrheit



Schlussendlich ist Wahrheit für jede und jeden etwas anderes, eine persönliche Entscheidung, wem oder was man mehr Vertrauen schenkt oder zustimmt.

«Für den Menschen gibt es nur eine Wahrheit, das ist die, die aus ihm einen Menschen macht.» Dieses Zitat stammt von Antoine de Saint-Exupéry. Doch was ist Wahrheit? Laut Wikipedia wird gemeinhin die Übereinstimmung von Aussagen oder Urteilen mit einem Sachverhalt, einer Tatsache oder der Wirklichkeit im Sinne einer korrekten Wiedergabe als «Wahrheit» bezeichnet. Die Betonung liegt hier wohl bei «korrekter» Wiedergabe. Je mehr Leute also die gleiche Aussage zu einem Sachverhalt machen, desto eher hält man ihn für wahr. Schlussendlich gibt es aber nur eine Wirklichkeit, die Wahrheit. In vielen Fällen

kann man die Wirklichkeit nicht beweisen, da sie in der Vergangenheit liegt oder gar nicht beweisbar ist, da niemand dabei war, der den Sachverhalt wiedergeben könnte.

«Wahr» kommt vom indogermanischen Wurzelnomen «wēr», was so viel bedeutet wie «Vertrauen, Treue, Zustimmung». Schlussendlich ist Wahrheit für jede und jeden etwas anderes, eine persönliche Entscheidung, wem oder was man mehr Vertrauen schenkt oder zustimmt. Noch immer hören und lesen wir so vieles über das Coronavirus. Was von all dem ist wahr? Wir können die Informationen, die uns tagtäglich über diverse Medien berieseln, oft nicht selbst nachprüfen und beweisen. Wir müssen eine Entscheidung fällen, welchen Aussagen wir glauben und vertrauen wollen.

Manchmal glauben auch zu viele Menschen etwas, das nicht stimmt, weil man ihnen Angst macht. Angst blockiert das eigene Denken. Und dann

geschieht es, dass die Menschen sich wie Lemminge verhalten und sich - bildlich gesprochen - die Klippe hinunterstürzen. Das Jahr 2020 neigt sich langsam dem Ende zu. Weihnachten steht vor der Tür. Ein Fest der Freude, da, wenn man es glaubt, vor mehr als 2'000 Jahren ein Kind auf die Welt gekommen ist, das die Welt verändern sollte. Ich weiss nicht, ob Sie dieser Geschichte glauben, ob diese Geschichte für Sie der Wahrheit entspricht. Aber ganz egal: Weihnachten gehört fest zu unseren Traditionen. Es ist ein Fest der Freude und der Besinnung. Halten Sie an den schönen Dingen im Leben fest. Von Herzen wünsche ich Ihnen ein besinnliches Fest und nur das Beste für das Jahr 2021.

Herzlich, Ihre Präsidentin Maria Wegelin



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim



Kalender

Datum	Anlass	Ort
29. November 2020	Eidgenössische Abstimmung	
17. Dezember 2020	Sessionsrapport/Bericht aus Kantonsrat	Meilen
30. Januar 2021	Delegiertenversammlung	

Neue Website der SVP Stadt Winterthur

Donnerstag, den 29.10.2020 ging die neue Website der SVP Stadt Winterthur online, welche in einem ganz neuen Kleid daherkommt. Der Vorstand dankt der Projektgruppe ganz herzlich für die tolle Umsetzung und dieses hervorragende Resultat. Die neue Technik im Hintergrund ermöglicht es, schneller aktuelle Informationen zu publizieren, so können zum Beispiel unsere Gemeinderäte direkt aus dem Rat die neuesten Ereignisse berichten. Schauen Sie regelmässig auf der neuen Seite rein: www.svp-winterthur.ch

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf

svp-winterthur.ch svp-bezirk-winterthur.ch svp-zuerich.ch

Inserat

**PRINTIMO.
MEHR ALS
NUR DRUCK.**



Printimo AG
Frauenfeldstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch
© 2019 Printimo AG

Die Neue im Kantonsrat



Susanna Lisibach
Kantonsrätin SVP
Kanton ZH

Am 17. August trat ich das Amt als Kantonsrätin des Kantons Zürich an und somit die Nachfolge für den zurückgetretenen Franco Albanese. Die Vereidigung erfolgte am selben Tag. Leider finden die Sitzungen wegen Covid-19 nicht im ehrwürdigen Zürcher Rathaus statt, sondern in der nüchternen Züsä-Messehalle in Oerlikon, was natürlich bei weitem nicht den Charme wie das historische Gebäude an der Limmat hat. Aber wir hoffen alle, dass dies

ein absehbarer Umstand ist. Der Sitzungsalltag lässt sich einfach beschreiben: «Traktandum um Traktandum» wird abgearbeitet. Manche sind innert Minuten erledigt, andere rufen hohe emotionale Wellen und dementprechende Diskussionen auf. Ein zurzeit ständig präsent Thema ist Corona. Doch da in der Politik alles etwas schwerfälliger ist, stellt sich die Frage, ob «Corona-Beschlüsse», die heute besprochen und abgemacht werden, bis sie umgesetzt sind, tatsächlich noch aktuell sind. Ein weiteres Thema, bei dem der Graben zwischen bürgerlich und links auseinanderklaffte, war

zum Beispiel das Thema Häuserbesetzung. Die bürgerliche Seite ist für schnellstmögliches Eingreifen und Räumen durch die Polizei, die linke Seite sieht es als Chance um mit den Besetzern ins Gespräch zu kommen und als «Inspirationsimpuls». Inspirationsimpuls? Ernsthaft? Ein weiteres emotionales Thema war die Standesinitiative zur Erleichterung der Erstellung von DNA-Profilen von Straftätern. Man staune, die linke Ratsseite war dagegen, teils mit wirklich haarsträubenden Begründungen. Und alle Jahre wieder – für mich zum ersten Mal – kommt das Budget. Dort sind es die

Mitglieder der Kommissionen, die durch ihre Auffassung von guter Finanzverteilung entweder auf unnötige Ausgaben verzichten wollen oder wieder einmal mit vollen Händen das Geld ausgeben. Ich überlasse es dem Leser zu entscheiden, welche Seiten wohl gemeint sind. Auf alle Fälle macht es mir grosse Freude und mich auch stolz, dass ich die Anliegen unserer Stadt und des Kantons im Rat vertreten darf. Ich freue mich auf die kommenden zweieinhalb Jahre.

Das Rahmenabkommen macht uns erpressbar



Tobias Weidmann
Kantonsrat SVP
Kanton ZH

Gerne erinnere ich mich an die Seminare von bekannten Verhandlungsexperten während meines Studiums. Schon damals gehörte es zum einfachen 1x1, dass man nie einen Vertrag abschliessen sollte, welcher den zukünftigen Verhandlungsspielraum massiv einschränken könnte. Für diese Erkenntnis braucht es weder Studium noch Diplom, sondern bloss gesunden Menschenverstand.

Das Rahmenabkommen führt dazu, dass wir durch die dynamische Übernahme von EU-Recht in Zukunft erpressbar werden. Bei künftigen Abstimmungen gegen eine neue Rechtsübernahme der EU, schwebt jedes Mal das

Damokles-Schwert in Form von Retorsionsmassnahmen der EU über unseren Köpfen. Diese Strafzahlungen führen dazu, dass unsere direkte Demokratie faktisch im Kern erstickt wird, weil bei jedem Referendum gegen eine Weiterentwicklung von EU-Recht die Schweiz massiv unter Druck gesetzt werden kann, im Sinne von: Friss oder stirb! Diese «Stimmt-zu-oder-bezahlt»-Mentalität ist ein direkter Angriff auf unser Initiativ- und Referendumsrecht. Die Ablasszahlungen an die EU werden selbstverständlich vor den jeweiligen Abstimmungen verhandlungstaktisch sehr hoch angesetzt, damit es enorm schwierig wird eine Abstimmung gegen EU-Rechtsübernahme zu gewinnen.

Die Abstimmungskämpfe über die Personenfreizügigkeit oder

die dynamische Übernahme der EU-Waffenrichtlinie von Schengen/Dublin zeigten klar auf, wie schwierig es ist einen sachlichen Abstimmungskampf zu führen, wenn die Gegner mit Sanktionen und masslosen Konsequenzen drohen. Es wird nicht mehr über den eigentlichen Inhalt der Vorlage diskutiert, sondern nur über die damit verbundenen Nebeneffekte.

Mit Japan haben wir seit 2005 einen Freihandelsvertrag zweiter Generation. Niemand käme auf die Idee japanisches Recht zu übernehmen oder dafür zu bezahlen, damit wir Zugang zu ihrem Binnenmarkt gewährleistet bekommen.

Eigentlich gilt die Schweiz als Exportnation. Paradoxerweise ist sie bei

den wichtigsten EU Ländern im übertragenen Sinne eine Importnation. Mit Deutschland hatten wir 2019 ein Handelsdefizit von über 10 Mia, respektive mit der EU von über 20 Mia. Sollen wir mittels Rahmenabkommen etwa noch dafür bezahlen, damit wir als Importland am Binnenmarkt teilnehmen dürfen? Wir exportieren mittlerweile bedeutend mehr nach USA, China und Asien und erzielen damit einen hohen Handelsüberschuss, der unserer Schweiz als Exportnation gerecht wird.

Wir werden sicher nicht unseren gesunden Menschenverstand über Bord werfen und unseren zukünftigen Verhandlungsspielraum und den unserer Kinder einschränken. Bleiben wir also frei und stark der nächsten Generation zu Liebe.



GSoA **Nein** Chinesen würden sich freuen – Schweizer Rentner weniger



Werner Salzmann
Ständerat SVP
Kanton Bern

Die GSoA-Initiative gibt vor, für Frieden zu sorgen. Sie bewirkt aber das Gegenteil. Sie untergräbt nicht nur unseren Produktionsstandort, sondern auch unsere Renten. Lassen wir uns von diesen erklärten Armee-Abschaffern nicht täuschen! Über ein Ja würden sich nebst der GSoA vor wohl vor allem die Waffenfabriken der Russen und Chinesen freuen.

Wirtschaftlich tangiert wären nicht nur Rüstungskonzerne, sondern auch Zulieferbetriebe, darunter viele kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Gleichzeitig würden sich die grossen Produzenten im Osten wohl königlich amüsieren.

Schweizer Unternehmen stellen unter strengsten Auflagen Waffen und Waffenbestandteile her. Diese Produktion ist die Grundlage unserer Sicherheit. Sowohl Herstellung und Export sind bewilligungspflichtig.

Zudem dürfen die schlimmsten Kriegsgüter, also Atomwaffen, biologische und chemische Waffen, Streumunition und Personenminen weder hergestellt, noch gehandelt werden. Solches Material darf auch nicht finanziert werden. Der GSoA genügt dies aber nicht. Sie will ein totales Investitionsverbot.

Tiefere Renditen heisst tiefere Renten

Schweizer Stiftungen investieren ihre Gelder mit dem Ziel, eine gute Rendite für das Realisieren des Stiftungszwecks zu erwirtschaften. Dies ist vor allem für Pensionskassen wichtig, nur so können Renten gesichert werden. Die Initianten der GSoA verlangen nun, dass die Schweizerische Nationalbank sowie Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge keine Aktien von Firmen mehr kaufen dürfen, welche Kriegsmaterial in irgendeiner Form produzieren. Wie absurd das ist, merkt man, wenn man sich vor Augen führt, dass auch Boeing oder Rolls-Royce Kriegsgüter herstellen. Haben Sie sich beim Kauf einer Aktie eines Autoherstellers schon mal überlegt, ob Sie sich damit vielleicht an einem Rüstungsgeschäft beteiligen? Es soll auch keine Kreditvergabe an Kriegsmaterialproduzenten mehr geben. Zudem soll sich die Schweiz weltweit dafür einsetzen, dass dieses Finanzierungsverbot auch für Banken und Versicherungen gilt. Die GSoA startet damit einen weiteren Feldzug auf dem Weg zur Abschaffung der Schweizer Armee und zur Destabilisierung unseres Landes.

Grossproduzenten profitieren

Wirtschaftlich tangiert wären nicht nur Rüstungskonzerne, sondern auch Zulieferbetriebe, darunter viele kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Gleichzeitig würden sich die grossen Produzenten im Osten wohl königlich amüsieren. Die russischen und chinesischen Waffenfabriken schert es nicht, wenn die Schweiz ihre eigenen Rüstungsfirmen ruiniert und nicht mehr in amerikanische Firmen investiert werden darf. Autokratische und kommunistische Regimes funktionieren nach anderen Regeln.

Die Welt wird nicht friedlicher

Das Finanzierungs-Verbot sorgt nicht für eine friedlichere Welt, sondern nur dafür, dass diejenigen Länder, die nicht am Markt funktionieren, noch mehr die Oberhand erhalten. Selbstverständlich ist eine friedlichere Welt ein begrüssenswertes Ziel. Deshalb engagiert sich die Schweiz bereits heute in vielerlei Hinsicht dafür. Ein Alleingang der Schweiz in Bezug auf Investitionen hat aber keinen Einfluss auf das weltweite Angebot und die Nachfrage von und nach Kriegsmaterial. Wir kastrieren uns nur selbst und die Zeche bezahlen die Rentnerinnen und Rentner. Wenn die Pensionskassenstiftungen erst aufwändige Recherchen machen müssen, was eine Firma alles produziert, bevor sie eine gute Aktie kaufen, erhöht dies nur die Verwaltungskosten, und zwar zum Schaden der Renten. Lassen wir uns von der GSoA nicht Sand in die Augen streuen. Ich empfehle allen dringend ein Nein zu dieser Initiative.

Inserat

COMES

Ihr Vertrauenspartner für
Treuhand
Vermögensberatung
Versicherungsfragen

Postfach 1659
Bankstrasse 8
8401 Winterthur
Tel. 052 222 33 20
Fax 052 222 33 28
E-Mail: comes@comes.org
Website: www.comes.org

Hütet euch in der Grüze! (Grüze: Kontra)

Dem links-grünen Stadtrat und insbesondere dem Baudepartement kann und darf in der Verkehrspolitik nicht mehr vertraut werden! Alles, aber wirklich alles, was in den letzten Jahren aus dieser Küche kam richtete sich 1:1 gegen den Automobilverkehr. Dabei blendet man im Superblock stets aus, dass viele Menschen privat und beruflich auf das Auto angewiesen sind. Diese sind heute Bürger Zweiter Klasse in dieser ideologischen Stadt!

- Der Autoverkehr wird überall behindert und ausgegrenzt. Der nächste Schildbürgerstreich wartet bereits und heisst: Tempo 30 rund um die Altstadt (inkl. Technikums- und General Guisan Strasse)
- Der Kistenpass wird kopflos geschlossen. Dies ohne jegliche Alternativen für den dort herrschenden Verkehr Richtung Autobahn. Die Folge ist, dass Hegi eine weitere Anbindung an die Aussenwelt verliert, die Einwohner noch mehr im Stau stehen und die Gemeinde Elsau mit dem auswärtigen Durchgangsverkehr geflutet wird.
- Das neuste «Meisterstück» ist die, in absurder Weise, geänderte Verkehrsführung (Lichtsignal, Teilspurabbau) im Bereich Seenerstr./Hegifeldstr./Frauenfelderstr., welche nun grosse Staus bis zurück zum Ohrbühlkreisel und darüber hinaus Richtung Seen und in die Industriestrasse provoziert. Einziger «Nutzen»: Stau, jeglicher Verkehr inklusive Bus und Postauto wird behindert und die wenigen stadteinwärts fahrenden Fahrzeuge kommen gar nicht mehr bis zur Frauenfelderstrasse, da die Seenerstrasse in der Regel komplett dicht ist.
- Und dann kommen da bald noch vier autofreie Sonntage, wobei es leider wohl nicht bei vier Tagen bleiben wird.

Dringend nötige Strassenbauprojekte, wie die Zentrumserschliessung Neuhegi (direkte Führung Richtung Autobahn) werden auf die lange Bank geschoben und dafür sei kein Geld da. Gerade für diese wichtige Entlastungsstrasse gibt es nur sehr unverbindliche Aussagen und es muss befürchtet werden, dass nach einer Annahme der Busquerung Grüze, diese Strasse und die diesbezüglichen Versprechungen schnell vergessen sind und nicht mehr gelten. Einmal mehr werden das Volk und der Autofahrer «beschissen».

Die Argumente gegen das Luxusprojekt «Busquerung Grüze» sind klar:

- Die 55 Millionen Bund- und Kantonsgelder sind ebenfalls Steuergelder.
- Winterthur hat die, selbst zu erbringenden, fünf Millionen Franken gar nicht, gerade angesichts der drohenden Steuererhöhung und einer Schuldenlast von neu 1,3 Milliarden.
- Das Projekt ist verkehrspolitisch einseitig und unausgeglichen und dient lediglich einzelnen Verkehrsträgern. Das Auto wird ausgegrenzt.
- Der MIV wird weiter behindert und verdrängt und notwendige Investitionen in den Strassenbau, wie die Entlastungsstrasse Hegi, werden auf den «Sankt-Nimmerleins-Tag» verschoben.
- Dem Baudepartement darf verkehrspolitisch nicht vertraut werden, das Zeigen Beispiele wie die völlig absurde neue Verkehrsführung Hegifeldstrasse/Seenerstrasse und die angekündigte Schliessung des Kistenpasses.

Die zur Abstimmung stehende «Busquerung Grüze» ist schlicht nur ein weiteres, überbeuertes Prestigeobjekt des linken Stadtrates und ein Veloschnellrouten-«Zückerli» an die eigene Wählerschaft – bezahlt mit rund 60 Millionen Franken unserer Steuergelder. Das Projekt ist überrissen, verkehrspolitisch einseitig und richtet sich gegen den motorisierten Individualverkehr. Daher ist es abzulehnen!



Markus Reinhard
Gemeinderat
SVP Winterthur

Inserat

**ENTSPANNEN SIE SICH.
WIR KÜMMERN UNS
UM DEN REST.**

Harzachstrasse 5 | 8404 Winterthur | www.peterli.ch
Ein Bereich der Optimo Group

Ein zweites Zentrum für die Stadt praktisch zum Nulltarif (Grüze: Pro)



Michi Gross
Gemeinderat
SVP Winterthur

Für Winterthur wird der Bahnhof Grüze mit seinen exzellenten Verkehrsanbindungen der Knoten zum Osten.

Die neue Brücke beim Bahnhof Grüze ist ein Meilenstein für Winterthur. Von der Grüze bis Hegi entstehen derzeit riesige Wohnanlagen und Industriebetriebe. Rund um den Park spriessen die Siedlungen aus dem Boden. In Zukunft werden im Umkreis des Bahnhofs nochmals über 5'000 Arbeitsplätze geschaffen und es entsteht neuer Wohnraum für weitere 3'000 Einwohner. Selbst die SBB hat das Potenzial des Bahnhof Grüze entdeckt und wird ihn zu einem Hauptknotenpunkt ausbauen sowie ebenfalls in Immobilien investieren.

Deshalb wurde bereits unter der Führung von SVP-Stadtrat Josef Lisibach ein zukunftsträchtiges Projekt für die Bewältigung des zusätzlichen Verkehrs erarbeitet. Das Gesamtprojekt Grüze beinhaltet die Querung für den ÖV, den Fuss- und Veloverkehr sowie die neue Zentrumser-



Visualisierung der geplanten Querung

schliessung für den motorisierten Individualverkehr. Für das Gebiet Grüze-Neuhegi sind in Zukunft alle Verkehrsträger wichtig, damit der Mehrverkehr bewältigbar bleibt. Das ist allen Beteiligten klar. Mit der Brücke kommt ein erstes Teilprojekt zur Abstimmung, welches bis 2026 fertiggestellt sein wird. Über den Kredit für die Umfahrungsstrasse wird der Gemeinderat nächsten Sommer beraten.

Für Winterthur wird der Bahnhof Grüze mit seinen exzellenten Verkehrsanbindungen der Knoten zum Osten. Die Pendler aus dem Tösstal, dem Eulachtal und aus der Richtung Frauenfeld sollen neu über diesen Bahnhof angebunden werden und müssen nicht mehr zwingend über den Hauptbahnhof. Denn dieser erreicht spätestens mit Inbetriebnahme des Brüttener-Tunnels seine Kapazitätsgrenzen. Es braucht dementsprechend andere Lösungen und neue Konzepte. Der Ausbau rund um den Bahnhof Grüze ist die folgerichtige Antwort. Er ermöglicht ähnlich wie bei den Bahnhöfen Oerlikon oder Stadelhofen, dass Winterthur

im Osten weiter prosperieren kann und ein Verkehrskollaps ausbleibt.

Die Querung Grüze kostet etwas über 60 Millionen Franken. Davon muss die Stadt Winterthur fünf Millionen mit Steuergeldern finanzieren. Der ganze Rest wird durch den Strassenfonds des Kantons Zürichs sowie durch das Agglomerationsprogramm des Bundes bezahlt. Von den fünf Millionen Franken sind für das Planungsprojekt bereits über drei Millionen verbraucht. Die Winterthurer Einwohner/innen müssen also zusätzlich nur noch zwei Millionen für eine neue, 245 Meter lange Brücke bezahlen, um die ein neues Zentrum entsteht.

Die neue Querung Grüze ist ein bedeutendes Zukunftsprojekt für Winterthur und löst zusammen mit der Zentrumserschliessung die Verkehrsprobleme im Osten der Stadt. Zudem entlastet sie die Innenstadt und die anderen Quartiere. Für zusätzliche zwei Millionen bekommen die Winterthurer ein neues, zukunftsgerichtetes Zentrum. Deshalb empfehle ich Ihnen ein JA ZUR QUERUNG GRÜZE.

Inserat

Kalk!
Kein Problem,
mit dem richtigen
System!

ZIER AG
Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik
Bahnhofstrasse 17 | 8422 Pfungen | Tel. 052 304 00 00
www.zier.ch | mail@zier.ch

Die diesjährige Steuererhöhung ist wohl nur der Anfang



Tobias Brütsch
Gemeinderat
SVP Winterthur

Um sage und schreibe sieben auf 129 Prozent will er die Steuern gemäss Budget 2021 im nächsten Jahr erhöhen.

Das Beunruhigendste am diesjährigen Budget ist aber, dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht sein dürfte.

Die Mitteilung des Stadtrates von Anfangs Oktober ist eine Hiobsbotschaft. Um sage und schreibe sieben auf 129 Prozent will er die Steuern gemäss Budget 2021 im nächsten Jahr erhöhen. In einer Zeit, in welcher es vielen Privatpersonen und Unternehmen aufgrund der Corona-Krise finanziell schlecht geht, werden sie zusätzlich auch noch bei den Steuern zur Kasse gebeten. Winterthur würde mit dem neuen Steuerfuss (fast) zum traurigen Schlusslicht in der kantonalen Rangliste.

Die Rechtfertigung des Stadtrates ist genauso lapidar wie entlarvend: Das Label «lebenswerte Grossstadt» habe halt ihren Preis und im Vergleich zu anderen Schweizer Städten stehe Winterthur nach wie vor gut da. Dass Winterthur effektiv nicht in Konkurrenz zu Biel oder Neuenburg steht, sondern zu Brütten und Wiesendangen oder anderen steuergünstigen Gemeinden im «Speckgürtel» will der Stadtrat offenbar nicht sehen.

Die Sparprogramme, welche unter dem damals noch eher bürgerlichen Stadtrat auf den Weg gebracht wurden, sind jedenfalls Makulatur geworden und längst vergessen. Die Kosten des Verwaltungsapparates wachsen wieder ungebrems und stehen in keiner Relation

zum Bevölkerungswachstum der Stadt. Ja mehr noch: die jetzige links-grüne Regierung macht sich nicht einmal mehr die Mühe, ihre Absichten zu verschleiern. Wer nicht von den Segnungen ihrer Wohlfahrtspolitik profitieren will oder kann, etwa weil er nicht in den Genuss von vergünstigten Kita-Plätzen oder subventionierten Wohnungen kommt, der kann ja bitte gehen. So liess sich etwa Finanzvorsteher Kaspar Bopp in der Winterthurer Zeitung verlaublich: «Tragen die Zuziehenden unterdurchschnittlich zum Steuerhaushalt bei oder ziehen gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weg, wird das durch den Ressourcenausgleich ausgeglichen.»

Geradezu hilflos mutet schliesslich die Begründung des Stadtrates an, wenn es um die Standortattraktivität von Winterthur für Unternehmen geht: «Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Steuerfusserhöhung auch für die Attraktivität der Stadt für Unternehmen die bessere Massnahme darstellt als ein bei gleichbleibendem Steuerfuss massiver Leistungsabbau». Einem Unternehmen, welches sich zum Beispiel in Neuhägi ansiedeln will, dürfte es allerdings bei der Frage der Standortwahl herzlich egal sein, ob und wie viel Subventionen die Stadt Winterthur für Kulturinstitutionen spricht oder wie das Freifachangebot in der Sekundarschule aussieht. Vielmehr wären dort eine

schlanke und wirtschaftsfreundliche Verwaltung sowie insbesondere ausreichend Parkplätze erforderlich. Die Pläne des Stadtrates sind aber andere. So plant er gemäss den neuen Parkierungsverordnungen auch in der Peripherie das gleich rigide Parkplatzregime wie in der Innenstadt durchzudrücken. Mit der geplanten Steuerfusserhöhung wird sich jedenfalls der Trend der jüngsten Vergangenheit voraussichtlich noch beschleunigen: Unternehmen ziehen weg, etwa ins Glattal, nach Zug oder Frauenfeld oder kommen erst gar nicht nach Winterthur.

Das Beunruhigendste am diesjährigen Budget ist aber, dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht sein dürfte. Das links-grüne Utopia ist noch nicht gebaut; so sind etwa die Klimamassnahmen, welche die Ratsmehrheit im letzten Sommer beschlossen hat, im diesjährigen Budget noch gar nicht eingerechnet.

Die SVP-Fraktion wird sich im Gemeinderat weiter nach Kräften gegen die beantragte Steuerfusserhöhung einsetzen. Doch eines ist klar: das Budget ist letztlich nur die Konsequenz der links-grünen Politik der letzten Jahre. Es bleibt zu hoffen, dass spätestens bei den nächsten Stadt- und Gemeinderatswahlen das Pendel in die andere Richtung ausschlägt.

Sesselrücken im Vorstand der SVP Neftenbach

An der GV vom 31. August 2020 hat Nicolo Vaccaro das Amt als Präsident abgegeben und bleibt aber weiterhin im Vorstand. Neu übernimmt die alt Gemeinderätin Silvia Weidmann das Amt, die seit 2011 im Vorstand ist.

Nach 12 Jahren im Vorstand ist Markus Vontobel zurückgetreten. Auf die GV 2021 ist bereits der Rücktritt vom Aktuar Hans Brunner angekündigt. Daher wurden als Ersatz Martin Spiess,

Urs Wegmann und Mike Staub gewählt.

Im Vorstand verbleiben zudem Andrea Vaccaro, Kassierin und Raymond Sauteur, Vice-Präsident.

Claudia Faes, die an den Erneuerungswahlen 2018 in die RPK gewählt wurde, hat den Austritt aus der SVP bekannt gegeben. Sie will als Parteilose aber weiter das Amt ausführen.



Inserat

Wir freuen uns, Sie zu informieren, dass die dritte Generation der Familie Heuberger seit 2015 bei uns mitarbeitet.

Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften.

Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz. Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Stockwerkeigentum:

Robert Heuberger jun., robert.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur

Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99

info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Christian Hartmann direkt



Alter:	53
Augen:	grau-braun
Haare:	dunkelblond
Grösse:	1.74 m
Beruf:	Unternehmer im Bereich GPS-Ortung
Erstes Geld:	Zeitungsartikel schreiben
Lieblingsgetränk:	Rotwein
Lieblingsessen:	Schweinshaxen
Lieblingsmusik:	Depeche Mode
Funktionen in der Partei:	Gemeinderat, Präsident SVP Wülflingen
Hobbies:	Squash, Golf, Schiessen, Kochen, Reisen

**Lieber Christian,
Was sind Deine Ziele für die
SVP?**

Ich möchte, dass die SVP in der Stadt ankommt. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die SVP im Kanton und auf Bundesebene das Gefühl hat, dass SVP-ler in der Stadt eigentlich auf dem Land leben wollen und einfach zu weit gelaufen sind. Die Lebensumstände in einer Grossstadt sind aber anders als im Diemtigtal; wenn die SVP in der Stadt erfolgreich sein will, muss sie die Grundsätze wie beispielsweise Eigenverantwortung und Freiheit auf diese Umstände anwenden.

Inserat

**Wo und wie bist Du auf-
gewachsen?**

Ich bin in Luzern geboren, aber mein Vater hat immer in Zürich gearbeitet. So sind wir mit der Zeit über Zug und Hünenberg nach Zürich gezogen. Ich kenne somit das Leben in der Stadt und auf dem Land.

**Welches sind Deine poli-
tischen Schwerpunkte?**

Als Unternehmer bin ich daran interessiert, meine Ziele effizient zu erreichen. Darum stört es mich auch beim Staat, wenn er Geld ziellos und verschwenderisch ausgibt. Viele staatliche Leistungen sind notwendig,

keine Frage. Aber Stadt, Kanton und Bund müssen sich nicht um alles kümmern. Vor allem aber müssen sie sich immer fragen, ob eine bestimmte Leistung auch einfacher erbracht werden kann.

**Wie verbringst Du Deine
Freizeit?**

Mit meinen Hobbies und mit Freunden.

**Wie bist Du zur SVP
gestossen?**

Politik hat mich schon immer interessiert. Nach gefühlten 20 Jahren Diskussionen mit meinem Jugendfreund Josef

Lisibach war es dann soweit.

**Wie siehst Du die SVP in der
Zukunft?**

Erfolgreich – und mit zwei Sitzen im Stadtrat!

BEREIT FÜR MEHR?



TOYOTA YARIS HYBRID – JETZT PROBE FAHREN!

Mehr Power, mehr Style, mehr Hybrid.



Emil Frey Winterthur
emilfrey.ch/winterthur – 052 234 35 35



Parolen

29. November 2020

Eidgenössisch

“Unternehmensverantwortungsinitiative”

Nein

GSoA-Initiative, Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Nein

Städtisch

Querung Grüze

Nein

Nein zum Rahmenabkommen



Felix Lisibach
Redakteur

Ich gebe es zu. Ich bin der Überzeugung, dass die Europäische Union für uns wichtig ist. Die EU ist nicht nur ein entscheidender Partner in unseren Wirtschaftsbeziehungen zumal zwei Drittel unseres Exportes in die EU fließen, die EU ist auch unser Nachbar. Gute Beziehungen mit dem Nachbarn gelten nicht nur auf individueller Stufe. Es liegt auch im Interesse der Nationalstaaten gute Beziehungen mit den angrenzenden Ländern aufrecht zu erhalten.

Dies gesagt möchte ich aber auch auf die nötige Gegenseitigkeit hinweisen. Die EU ist nicht nur unser Nachbarin, wir sind auch deren Nachbar. Fairness

und Kompromissbereitschaft soll nicht nur von uns initiiert werden, wir dürfen dies auch von der Gegenseite erwarten. Leider ist dies mit dem aktuellen Rahmenabkommen nicht der Fall. Das unilaterale Weiterentwickeln unserer Bilateralen Verträge wurde beim Abschluss der letzteren nicht vereinbart. Trotzdem verlangt die EU nun genau dies. Ich möchte auf zwei der etlichen Gründe hinweisen, warum das Rahmenabkommen in der momentanen Form klar abzulehnen ist. Erstens, beinhaltet das Rahmenabkommen das Akzeptieren des Europäischen Gerichtshofs als oberste Instanz. Sollte es nun zu Streitigkeiten zwischen der EU und der Schweiz kommen, hat der EU-Gerichtshof das letzte Wort. Dies ist äusserst fragwürdig, zumal selbst für das

(unabhängige) Schiedsgericht als vorgängige Instanz das Urteil des EU-Gerichtshofs bindend ist. Zweitens, beinhaltet die Annahme des Rahmenabkommens auch, dass die europäische Rechtssprechung für uns bindend wird. Heute ist es so, dass wir, wenn wir mit einem Gesetz in der Schweiz nicht einverstanden sind, ein Referendum ergreifen können. Wird dieses angenommen, annullieren wir das unliebsame Gesetz. Bei Annahme des Rahmenabkommens verlieren wir unser Recht ein Referendum zu ergreifen zwar nicht, die EU kann aber Sanktionen gegen uns aussprechen, sollten wir mit unserem Referendum ein EU-Gesetz tangieren. Das kann es doch nicht sein oder?



www.svp-winterthur.ch
direkt@svp-winterthur.ch

In der Nähe von Henggart, Blick nach Winterthur
Drohnenbild von Robert Winkler